

**Antrag 57/II/2023****SPDqueer Berlin LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Queere Rechte weltweit stärken - Queerpolitik auch in Städtepartnerschaften einbeziehen**

1 Die SPD-Mitglieder des Berliner Senats und die SPD-  
 2 Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert in  
 3 enger Zusammenarbeit mit Akteur\*innen der Zivilgesell-  
 4 schaft ein Konzept zum Einbezug queerpolitischer Arbeit  
 5 in bestehenden und zukünftigen Städtepartnerschaften  
 6 zu entwickeln. Dies soll folgende Aspekte beinhalten:

7  
 8 Ein bindender queerpolitischer Anforderungskatalog,  
 9 welcher den rechtlichen Status queerer Menschen, die  
 10 Menschenrechtslage und die Angebote für queere Men-  
 11 schen in aktuellen oder avisierten Partnerkommunen  
 12 genau definiert und Defizite klar benennt. Ebenfalls klar  
 13 definiert werden soll, unter welchen Umständen eine  
 14 Partnerschaft kritisch begleitet oder im letzten Schritt  
 15 beendet werden muss, sollten Rechte queerer Menschen  
 16 bedroht oder eingeschränkt werden. Ein solches Konzept  
 17 muss auch beinhalten, wie die queere Community vor  
 18 Ort weiterhin unterstützt werden kann, auch wenn  
 19 die Städtepartnerschaft nicht fortgesetzt wird, bspw.  
 20 durch Grußworte oder Teilnahmen an örtlichen Pride-  
 21 Veranstaltungen oder durch regelmäßigen Austausch  
 22 zur aktuellen Situation. In der Öffentlichkeitsarbeit des  
 23 Senats werden Missstände offen angesprochen, um  
 24 gefährdeten queeren Communities eine Stimme und  
 25 Zugang zur öffentlichen Debatte zu geben.

26 Eine Aktualisierung des Katalogs findet in einem festzule-  
 27 genden Turnus unter Einbezug der Zivilgesellschaft statt.  
 28 Bei Delegationsreisen sollen queerpolitisch aktive Ak-  
 29 teur\*innen der Zivilgesellschaft grundsätzlich eine Einla-  
 30 dung erhalten, an diesen teilzunehmen. In regelmäßigen  
 31 Abständen sollten zudem Treffen mit Vertreter\*innen der  
 32 queeren Community bewusst in den Ablauf der Delegati-  
 33 onsreisen eingeplant werden.

34 Die SPD-Mitglieder der Bezirksämter und die SPD-  
 35 Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen  
 36 werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, einen sol-  
 37 chen Kriterienkatalog in die Partnerschaftsarbeit in den  
 38 Bezirken mit aufzunehmen und parallel anzuwenden.

Der Berliner Senat und die SPD-Fraktion im Abgeordne-  
 tenhaus werden aufgefordert in enger Zusammenarbeit  
 mit Akteur\*innen der Zivilgesellschaft ein Konzept zum  
 Einbezug queerpolitischer Arbeit in bestehenden und zu-  
 künftigen Städtepartnerschaften zu entwickeln. Dies soll  
 folgende Aspekte beinhalten:

Ein bindender queerpolitischer Anforderungskatalog,  
 welcher den rechtlichen Status queerer Menschen, die  
 Menschenrechtslage und die Angebote für queere Men-  
 schen in aktuellen oder avisierten Partnerkommunen  
 genau definiert und Defizite klar benennt. Ebenfalls klar  
 definiert werden soll, unter welchen Umständen eine  
 Partnerschaft kritisch begleitet oder im letzten Schritt  
 beendet werden muss, sollten Rechte queerer Menschen  
 bedroht oder eingeschränkt werden. Ein solches Konzept  
 muss auch beinhalten, wie die queere Community vor  
 Ort weiterhin unterstützt werden kann, auch wenn  
 die Städtepartnerschaft nicht fortgesetzt wird, bspw.  
 durch Grußworte oder Teilnahmen an örtlichen Pride-  
 Veranstaltungen oder durch regelmäßigen Austausch  
 zur aktuellen Situation. In der Öffentlichkeitsarbeit des  
 Senats werden Missstände offen angesprochen, um  
 gefährdeten queeren Communities eine Stimme und  
 Zugang zur öffentlichen Debatte zu geben.

Eine Aktualisierung des Katalogs findet in einem festzule-  
 genden Turnus unter Einbezug der Zivilgesellschaft statt.  
 Bei Delegationsreisen sollen queerpolitisch aktive Ak-  
 teur\*innen der Zivilgesellschaft grundsätzlich eine Einla-  
 dung erhalten, an diesen teilzunehmen. In regelmäßigen  
 Abständen sollten zudem Treffen mit Vertreter\*innen der  
 queeren Community bewusst in den Ablauf der Delegati-  
 onsreisen eingeplant werden.

Die SPD-Mitglieder der Bezirksämter und die SPD-  
 Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen  
 werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, einen sol-  
 chen Kriterienkatalog in die Partnerschaftsarbeit in den  
 Bezirken mit aufzunehmen und parallel anzuwenden.